



Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0123/2023

Vorlage: ST/0127/2023		Datum: 06.09.2023	
Dezernat 2			
Verfasser:	31-Ordnungsamt	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Ratsfraktion: Vollständige Übernahme kommunaler Asylkosten durch das Land			
Gremienweg:			
16.11.2023	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE abgesetzt geändert

Stellungnahme:

Der Städtetag hat ein Rechtsgutachten zu der Frage in Auftrag gegeben. Dieses nun vorliegende Ergebnis wird mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam ausgewertet und die weitere Vorgehensweise besprochen.

Zudem ist bei dem heute Morgen stattgefundenen Treffen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung zugesagt worden, dass der Betrag von 7.500 € pro geflüchtetem Menschen nahtlos an die Kommunen weitergegeben wird. Zusätzlich sollen noch einmal insgesamt 200 Mio. € Landesmittel ausgezahlt werden. Hierfür muss der Verteilungsschlüssel noch abgewartet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Beschlussvorlage:

Die Verwaltung empfiehlt, die Konsequenzen des Rechtsgutachtens gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu erörtern, sowie den Verteilungsschlüssel der zugesagten Mittel abzuwarten. Erst dann kann eruiert werden, ob durch diese Mittel bereits Kostendeckung besteht oder ein weiterer Mittelbedarf vorhanden ist. Sodann wäre die weitere Vorgehensweise für die Stadt Koblenz festzulegen.